

POLITISCHE BÜCHER

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Und das ist noch nicht der letzte Termin

Ein Blick auf das Leben als Politiker aus ungewohnter Perspektive

Helge Lindh ist ein erfolgreicher Innenpolitiker der SPD. Politikbeobachtern fällt zu ihm einiges ein, sein Besuch auf dem Rettungsschiff Sea Watch im Mittelmeer etwa oder ein Lied von Konstantin Wecker, das er in einer Bundestagsrede über Hasskriminalität zitierte. Ein engagierter und überzeugter Sozialdemokrat mit Direktmandat. Doch es gibt noch einen anderen Helge Lindh, den man kennenlernt, wenn man ihn am Freitagmorgen nach Wuppertal begleitet. Nach einer aufreibenden Sitzungswoche ist er müde und abgekämpft. Ankunft 18:38 Uhr, doch Lindh kann noch nicht nach Hause, er eilt direkt in sein Wahlkreisbüro, wo Kulturinteressierte zu einer Vernissage zusammenfinden. Am nächsten Morgen um 8 Uhr der nächste Termin bei der Sozialstation der Diakonie, nach zwei Stunden muss er zum „Demokratischen Frühstück“, er gibt der Lokalpresse ein Interview, dann geht es weiter zu einer Moschee, verunsicherten Muslimen Mut zusprechen. Und das ist noch nicht der letzte Termin an diesem Samstag.

Die Journalisten Peter Dausend und Horand Knaup waren es, die Helge Lindh nach Wuppertal begleitet haben. Ihr Buch „Alleiner kannst du gar nicht sein“ nähert sich den Abgeordneten des Bundestags aus einer ungewohnten Perspektive. Im Zentrum stehen die Menschen hinter ihren Funktionen und Ämtern – ihre Ängste, ihre Einsamkeit, ihre Suchtprobleme und anderen Schwächen. Diese Seiten versuchen Politiker normalerweise zu verstecken, denn in ihrer Welt zählt Stärke. Mehr als 50 Abgeordnete ließen sich trotzdem befragen, Männer und Frauen, quer durch alle Fraktionen und Altersgruppen, vom Parlamentarier bis zum Fraktionsvorsitzenden, vom Hinterbänker bis zum Bundestagspräsidenten. Manche sprachen sehr offen, andere bestanden auf Anonymisierung.

Die Geschichten, die Dausend und Knaup über Leben und Leiden der Abgeordneten erzählen, heischen nicht um Mitleid. Zu Recht, denn die Politiker haben für gewöhnlich ihren Weg in Kenntnis aller Umstände selbst gewählt. Doch wie brutal der politische Betrieb sein kann, zeichnen die Autoren anschaulich nach. Bei der Lektüre muss man über manche Anekdote schmunzeln, aber mit den Protagonisten tauschen möchte man nicht. Trotz ihres zweifellos spannenden und einflussreichen Berufs.

Wie eng das Korsett in Berlin ist, zeigen die Berichte über die Disziplinierung von Abgeordneten, deren Gewissen etwas anderes sagt als die Fraktionspitze. Nachdem die SPD-Finanzexpertin Cansel Kiziltepe sich geweigert hatte, Auslandsreisen der Bundeswehr und Verschärfungen des Asylrechts zuzustimmen – ein Versprechen, das sie vor der Wahl gegeben hatte –, wurde sie von der eigenen Fraktion zunehmend ausgegrenzt. Nach Dausends und Knaups Recherche ist die Abberufung aus einem Ausschuss die typische Sanktion für unbotmäßiges Verhalten.



Wenn es zu spät ist: Der Bundestag gedenkt des verstorbenen Vizepräsidenten Thomas Oppermann.

Foto Imago

ten. Das kostete sie nur eine Unterschrift, soll die Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles Kiziltepe in einem Vieraugengespräch gedroht haben. „Du wirst frühmorgens vorgeladen, musst da hinkommen, und dann wird dir erzählt, wie scheiße du bist“, so beschreibt eine andere Sozialdemokratin den Führungsstil eines Fraktionschefs. Als der langjährige CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach 2011 die Griechenland-Hilfen nicht unterstützte, musste er sich vom damaligen Kanzleramtchef Roland Pofalla anhören: „Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen.“

Machtkämpfe mit Parteifreunden und politischen Gegnern, frustrierende Niederlagen, Stress, die ständige Öffentlichkeit – die Unerbittlichkeit des politischen Geschäfts hinterlässt Spuren. Die Familien leiden mit, viele Ehen überstehen eine politische Karriere nicht. Ehemalige Partner berichten Dausend und Knaup, wie sich die Persönlichkeit der Abgeordneten verändert habe, wie Ungeduld und Geiztheit gewachsen seien. „Er befand sich irgendwann in einem ständigen Kampfmodus“, sagt die Lebensgefährtin eines Parlamentariers. Da braucht es ein robustes: „Stopp mal, hier dreht sich nicht alles um dich! Wir sind hier nicht deine Mitarbeiter“, wie im Hause des FDP-Abgeordneten Otto Fricke. Anderenfalls sind Volksvertreter schnell allein.

Freundschaften außerhalb der Politik lassen sich kaum aufrechterhalten, nicht

nur weil die Zeit so knapp ist, sondern auch weil die Berliner Politikwelt, in die die Abgeordneten eintauchen, den meisten anderen Menschen fremd ist. Und Freundschaften in der Politik? „In der Politik ist jeder Parteifreund immer auch ein Konkurrent, ein Mitbewerber“, sagt Wolfgang Kubicki von der FDP. „Es bleibt immer ein Lauern“, meint auch Michael Hartmann. 2014 war der damalige SPD-Abgeordnete mit dem Rauschgift Crystal Meth erwischt worden. „Die Drogen waren ein Ventil, um das Gefühl der Verlorenheit auszuschalten“, erzählt er heute. Bei anderen füllen Alkohol oder Prostituierte die Leerstelle. Der FDP-Sozialpolitiker Johannes Vogel hat ein Rezept dagegen gefunden: Politik dürfe einen die Zeit rauben, aber nicht einen bestimmten „warmen inneren Ort“. „Das übersteht man nicht – und vereinsamt.“

Auf sich allein gestellt, ist auch der Hass nicht zu ertragen, der vielen Abgeordneten entgegenschlägt. Morddrohungen, rassistische Beschimpfungen, sexualisierte Gewaltandrohung, für viele Politiker ist das trauriger Alltag. Das ist mittlerweile zwar bekannt, die wirksame Bekämpfung indes bleibt schwierig. Als aufreibend schildern Parlamentarier auch die Anfeindungen und Vorwürfe unterhalb dieser Schwelle, manchmal sogar von Parteifreunden. Der SPD-Mann Lindh erzählt: „In Sitzungswochen werde ich von Montag bis Freitag von der AfD

wegen meiner Position bekämpft. Samstag und Sonntag beschimpft mich ein Teil meiner Parteilinken oder derer, die meinen, sie wären wirklich links.“

Die allermeisten Politiker nehmen ihren Beruf ernst, viele gehen dabei über ihre Grenzen hinaus. Der Preis dafür kann sehr hoch sein, wie der Tod von Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) mahnt, der kurz nach Erscheinen des Buches wenige Minuten vor einem Fernsehinterview zusammengebrochen ist. Doch der Respekt vor Politikern schwindet, Hetze nimmt zu, Hämie wird salonfähig. Es ist verdienstvoll, dass Dausend und Knaup die unfreundliche Kehrseite von Macht und Erfolg ins Zentrum rücken. Am Ende des Buches findet sich eine Liste mit Mängeln der parlamentarischen Demokratie in ihrem aktuellen Zustand, die dazu einlädt, über Reformen nachzudenken. Damit sich auch weiterhin verantwortungsbewusste Menschen finden, die die Geschicke dieses Landes lenken.

HELENE BUBROWSKI



Peter Dausend/Horand Knaup: Alleiner kannst du gar nicht sein. Unsere Volksvertreter zwischen Macht, Sucht und Angst.
dtv Verlagsgesellschaft, München 2020.
463 S., 22,- €.

Was ist und zu welchem Ende ...

... studieren wir „Interdependenz“? – Begriffsklärungen im Säurebad der Historisierung

Wer heute von „Interdependenz“ spricht, wird außer bei einigen Spezialisten und Studenten der Politikwissenschaft, die sich mit den Theorien internationaler Beziehungen befassen, irritierte Blicke auf sich ziehen. Ganz anders im Falle von „Globalisierung“: Dieses Schlagwort ist ubiquitär, jeder kann sich darunter etwas vorstellen. Es bezeichnet so etwas wie die zentrale Signatur unseres Zeitalters, jener Epoche, die nach dem Ende des Kalten Krieges vor rund dreißig Jahren anbrach und nach wie vor unsere Gegenwart prägt. 1998 hieß es in der weitverbreiteten Zeitungsanzeige einer Investmentbank: „Die Welt ist zehn Jahre alt. Ihre Geburtsstunde war der Fall der Mauer im Jahr 1989.“

Martin Deuerlein zitiert in seiner zübingler Dissertation diese und andere zeitdiagnostische Sichtweisen, die dem Säurebad der Historisierung allerdings nicht standhalten, wie der Autor anhand der Begriffs- und Ideengeschichte der Interdependenz mustergültig vorexerziert. Nicht die Jahrzehnte nach dem Ende der bipolaren Weltordnung, sondern die siebziger Jahre waren demnach die „entscheidende Umbruchphase“, in der sich ein neues Bewusstsein für globale Zusammenhänge herausbildete. Der Terminus „Interdependenz“ avancierte während der 1970er Jahre zu einem Schlüsselbegriff. Er beschreibt den Zustand eines internationalen Systems, das nunmehr einem schwer zu entwirrenden globalen Geflecht aus transnationalen Akteuren, Ebenen, Netzwerken und Strömen gleich.

Blickt man mit Deuerlein auf die Geschichte des Begriffs und des ihn umgebenden semantischen Felds, so war darin ein „Deutungsbruch“ mit dem „hochmodernen“ Interdependenz-Verständnis zu erkennen. Darin spielten nationalstaatlich abgegrenzte Einheiten eine Füh-

rungsrolle. Sie kannten und steuerten Handel und Arbeitsteilung im internationalen Maßstab und wurden vom Glauben an Fortschritt und gesellschaftliche Evolution (später „Modernisierung“) geleitet.

Diese Grundauffassung reichte bis weit ins 19. Jahrhundert zurück und geriet erst im Verlauf der sechziger Jahre ins Wanken. John F. Kennedy empfand diese Periode des Übergangs, wie er 1963 in der Frankfurter Paulskirche sagte, als ein Zeitalter der „interdependenz“ wie der „interdependenz“, des Internationalismus wie des Nationalismus. Manchem Beobachter



Martin Deuerlein: Das Zeitalter der Interdependenz. Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren.
Wallstein Verlag, Göttingen 2020. 500 S., 46,- €.

erschieden jene Jahre als Orientierungskrise, die im Herbst 1973 mit dem „Ölshock“ einen Höhepunkt erreichte. Die Rede von einer „schrumpfenden“, gleichwohl immer komplexeren, kaum noch steuerbaren, zwischen globaler Gemeinschaft und Fragmentierung oszillierenden, in jedem Fall interdependenten Welt war allseits zu vernehmen: in Sozialwissenschaften, Politik und Medienöffentlichkeit. Deuerlein zeichnet entsprechende Diskurse bis in feinste Ziselerungen nach. Das sorgt für manche Redundanz, die durch die exemplarische Vertiefung anhand prägnanter Beispiele hätte vermieden werden können.

Zu den großen Stärken von Deuerleins Studie gehört es aber, eine Ideengeschichte des globalen Denkens zu präsentieren, die Theorie und Praxis, Wissenschafts-

und Politikgeschichte, Expertendiskurse und politisches Handeln zueinander in Beziehung setzt. Fachliches Knowhow erschien umso stärker vonnöten, als die vielfältige Verflechtung der „Weltgesellschaft“, wie Niklas Luhmann in seinem gleichnamigen Text von 1971 notierte, ohne Widerspruch als Tatsache angenommen werde, die „begriffliche Konstruktion dieses Zusammenhangs und dessen genaueres Verständnis“ jedoch „beträchtliche Schwierigkeiten“ bereitet. Der amerikanische Politikwissenschaftler James Rosenau wünschte sich daher zu derselben Zeit eine Art Einstein herbei, um die Neuartigkeit weltweiter Strukturen und Interaktionen konzeptionell in den Griff zu bekommen. Rund zwei Jahrzehnte später beklagte auch der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow, wie ungeeignet hergebrachte geopolitische Interpretationsmuster in der „heutigen gegenseitig abhängigen Welt“ seien, nämlich so „hilflos wie Gesetze der klassischen Mechanik in der Quantentheorie“.

Unter Auswertung umfangreicher Literatur und zahlreicher Archivbestände gelingt es Deuerlein, insbesondere für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die Rolle von Experten als gedanklichen Vorbereitern aufzuzeigen. Am deutlichsten wird dieser Zusammenhang am Beispiel der „Trilateralen Kommission“, die 1973 auf Initiative Zbigniew Brzezinski und David Rockefeller als Thinktank nordamerikanischer, westeuropäischer und japanischer Eliten gegründet worden war und maßgeblichen Einfluss auf die „interdependente“ Weltansicht des späteren amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter haben sollte. Aber auch sowjetische Wissenschaftler, die zu Beginn der Breschnew-Ära über Prozesse der blockübergreifenden „wissenschaftlich-technischen Revolution“ sinnierten, kamen

Jahrzehnte später nochmals unter Gorbatschow zur Geltung. Seine Ideen zu der Gestaltung einer neuen Weltordnung und einem „europäischen Haus“ wurden allerdings von der stürmischen Dynamik in der Schlussphase der letztlich weiterhin konfrontativen Ost-West-Konstellation regelrecht weggeweht. Überhaupt blieb das Interdependenz-Denken stark an die jeweiligen Modi des Kalten Krieges gekoppelt. Das eigentliche „Zeitalter der Interdependenz“, die „langen 1970er Jahre“ zwischen etwa 1968 und 1981, überschneidet sich keineswegs zufällig mit der Entspannungsära.

Gleichwohl wäre es verkehrt, das Zukunftspotenzial von Interdependenz-Ideen jener Jahre zu unterschätzen. Dies mag auch erklären, weshalb Jimmy Carter, der lange als schlechtesten Präsident der Vereinigten Staaten galt, vor dem Hintergrund späterer Herausforderungen der „Globalisierung“, die er früher als andere politisch meistern wollte, in hellerem Licht erscheint. Was Helmut Schmidt wohl dazu gesagt hätte, der bekanntlich keine hohe Meinung von Carter besaß? Deuerlein lässt den einstigen Bundeskanzler unerwähnt. Dies muss insofern erstaunen, als Schmidt 1975 selbst eine Ära „totaler Interdependenz“ ausmachte und später in Amerika einen Band über den Anachronismus nationaler Strategien in einer interdependenten Welt publizierte. Die Ausblendung des „Schmidt Factor“, den die „New York Times“ 1980 einmal in fast programmatischer Weise festschrieb, ist aber kaum als gewichtiger Vorwurf gegenüber Deuerleins ohnehin detailreicher Studie zu formulieren. Schließlich hat diese mit der Rekonstruktion und Historisierung globalistischer Zeitdiagnosen in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mehr als genug geleistet.

ALEXANDER GALLUS

Aufarbeitung des Vergangenen

Ich bin Herrn Professor Dr. Richard Schröder sehr dankbar – und der F.A.Z. für die Veröffentlichung –, dass er vorgeschlägt, die Geschichte der Wiedervereinigung neu zu erzählen („Der Schock“, F.A.Z. vom 28. Dezember). Seine Darstellung zeigt indirekt darauf, dass die schwierige Verarbeitung dessen, was er einen „Schock“ nennt, verschiedene Abwehrmechanismen enthält.

Statt das Verlorene und vor allem Gescheiterte anzusehen und zu betrauern, denn die verlorenen Ideale waren groß, statt zu betrauern, was sich nicht erfüllt hat, werden erneut Verantwortliche gefunden, denen nicht zu trauen ist. Das eigene Verratsensein wird nicht betrauert, es wird wiedergefunden. So lebt es fort

und kann nicht durchgearbeitet werden. Frau Köpping hat mit ihrer Neugier auf die erzählenden Geschichten allerdings eine Tür geöffnet für die eigentlichen Narrative, das kann ein Anfang sein für die eigene Sicht und Aufarbeitung des Vergangenen – das sicherlich schon seit 1945 voller Enttäuschungen war. Die Projektionen der Benachteiligten auf die jetzigen demokratischen Strukturen werden nicht helfen, den „Schock“ zu einer verarbeiteten Vergangenheit werden zu lassen. Vielleicht lohnt es sich noch einmal, Margarete und Alexander Mitscherlichs „Unfähigkeit zu trauern“ zu lesen.

CHRISTA MARAHERNS-SCHÜRG,
HANNOVER

Konstruktionsfehler in der UN

Zu den Berichten der F.A.Z. über die Aussage des Außenministers Heiko Maas: „UN-Sicherheitsrat nur bedingt handlungsfähig“. Die Vereinten Nationen basieren der Theorie zufolge auf dem Prinzip der Gleichheit zwischen allen Staaten. Jeder hat eine Stimme. Dass ausgerechnet in dem mächtigsten Gremium der UN die Gleichheit ihre Grenzen hat, ist bezeichnend für die tatsächlichen Verhältnisse. Dass die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über einen ständigen Sitz inklusive Vetorecht verfügen, führt die Gleichberechtigung ad absurdum.

Ebenso absurd ist aber die Annahme, dass sich daran etwas ändern könnte im gegebenen Rahmen der UN selbst. Kein Staat, der ein so mächtiges Instrument wie ein ständiges Vetorecht in der Hand hält, gibt dieses leichtfertig auf, wenn nicht außergewöhnliche Umstände eintreten. Dieser Konstruktionsfehler in den UN war lange überblickt worden durch die totale Dominanz der Supermächte Vereinigte Staaten und Sowjetunion in bipolaren Zei-

ten des Kalten Krieges und der unipolaren Periode im Anschluss mit den Vereinigten Staaten als einzig verbliebener Supermacht.

Jetzt, in der multipolaren Periode mit vielen Großmächten, steigen die Gegensätze zwischen denselben ebenso wie das Misstrauen, und die Schwächen des Sicherheitsrates treten offen zutage. So wünschenswert es auch wäre, die UN dahingehend zu reformieren, dem Prinzip der Gleichheit aller Staaten vollumfänglich zu folgen, ist es doch aussichtslos. Der Außenminister sollte sich besser darauf konzentrieren, Deutschland in dem Geflecht der Großmächte so zu positionieren, dass es nicht allein und hilflos dasteht, sondern seine Sicherheit gewährleistet ist. Das ließe sich über mehr europäische Einigkeit erreichen. Die EU leidet nämlich nicht unter diesem Makel der Ungleichheit zwischen ihren Mitgliedern, sondern bemüht sich im Gegenteil noch, die Unterschiede auszugleichen.

MICHAEL TAMKE, BRÜSSEL

Ethische Berechtigung von Sanktionen?

Selbst nach Auffassung dezidierter Kritiker haben Assad und sein Regime den Bürgerkrieg in Syrien für sich entschieden. Die Bilanz ist verheerend: eine halbe Million Tote, ein Drittel der Bevölkerung geflohen. Die humanitäre Lage im Land ist furchtbar, die Syrienpolitik des Westens, die immer wieder das Ende des Regimes forderte und voraussagte, gescheitert. Wird nun ein Neuanfang gesucht, der die Tragödie beenden kann? Ganz im Gegenteil: Der amerikanische Syrien-Beauftragte James Jeffrey deckte 2020 auf, worum es eigentlich geht:

Die Politik „maximalen Drucks“ muss weitergeführt, Syrien zum „Sumpf für Russen und Iraner“ werden („Newsweek“ vom 13. Mai 2020). Jeffrey sprach aus, was schon lange befürchtet wurde: Auf dem Rücken des syrischen Volkes wird ein Stellvertreterkrieg ausgetragen. Während aber die EU mit anderen Staaten der Region, deren Menschenrechtslage hochproblematisch ist („Nachbarn am Mittelmeer“ von Rainer Hermann, F.A.Z. vom 23. Dezember), normale Beziehungen pflegt, unterstützt sie gegenüber Syrien die „Politik maximalen Drucks“. Die Sprachregelung der EU, nach der ihre Sanktionen „gezielt“ ge-

gen die Assad-Clique und deren Waffenimporte gerichtet seien, verdeckt nur ihr schlechtes Gewissen: Tatsächlich unterstützen die EU-Sanktionen auch den Export von Kraftwerken, Öl und Ölprodukten nach Syrien, wodurch eine wirtschaftliche Erholung des gesunden Landes und die Lebensbedingungen seiner Menschen dauerhaft erschwert werden.

Gleichzeitig dramatisieren die EU-Mitgliedstaaten im UN-Sicherheitsrat eine Auseinandersetzung um humanitäre Hilfskorridore und erwecken den Eindruck, die Hilfe durch die umstrittenen Korridore komme der syrischen Bevölkerung insgesamt zugute („Fleißkärtchen im Sicherheitsrat“, F.A.Z. vom 23. Dezember). Dabei sind diese Korridore gerade deshalb umstritten, weil die durch sie gelenkten Hilfslieferungen in und durch Gebiete führen, die noch von islamistischen Gruppierungen kontrolliert werden. 2021 stellt sich drängender denn je die Grundsatzfrage: Welche ethische Berechtigung haben EU-Sanktionen, die das Leid der Bevölkerung verlängern, ohne politisch eine Wende zum Besseren zu bewirken?

HELLMUT HOFFMANN, BOTSCHAFTER A. D.,
BERLIN

AFN sei Dank

Das Beethoven-Jahr 2020 ist vorüber, dem F.A.Z.-Feuilleton sei Dank für die Begleitung des Ereignisses über die letzten zwölf Monate. Vor allem die Beiträge in der Serie „Begegnungen mit Beethoven“ eröffneten erhellende, bisweilen erheitende Facetten des Genies.

Wenn auch weniger prominent als die Autoren der Serie, möchte ich doch gerne meine eigene Begegnung mit den großen Komponisten in den frühen sechziger Jahren schildern. Sie erfolgte über den amerikanischen Soldatensender AFN. Es galt damals unter der heranwachsenden Jugend als – heute würde man sagen: cool, dessen Programm zu hören und sich damit gleichzeitig die Benotung der Aussprache im Englischunterricht zu verdienen. Rock 'n' Roll war damals eher selten zu hören auf AFN, dafür jede Menge Schlager und vor allem Country & Western. „Sixteen O'Five to Nashville“ war eine der tagtäglichen Standardsendungen dazu. Davor aber gab es „Adventures in Good Music“. Gute Musik, das war natürlich klassische, welche der Moderator Karl Haas vom Sender WJR Detroit den GLs anhand von Musikbeispielen und allerlei Anekdoten aus dem Leben der großen Komponisten nahezu bringen versuchte. Als Eingangsmusik ertönte stets eine kurze Passage aus dem zweiten Satz von Beethovens „Pathétique“.

Eines Tages nun spielte der Lehrer uns Viertklässlern der Oberrrealschule im Musikunterricht eine Platte mit ebendiesem Stück vor. Ich war elektrisiert, war ich doch dank Karl Haas damit bestens vertraut. Und als er fragte: „Wer kennt dieses Stück?“, da schoss mein Arm empor, und ich rief „Beethoven!“ in die Klasse. Frage des Lehrers: „Woher weißt du das?“ Meine Antwort: „Vom AFN!“, worauf die Klasse in schallendes Gelächter ausbrach. Der Lehrer glaubte an einen Scherz, und ich hatte alle Mühe, ihm darzulegen, dass eine von der damaligen Erwachsenenwelt eher abgelehnte Institution, die sonst nur „Amimusik“ brachte, offenbar auch andere Werte zu vermitteln in der Lage war.

Dafür, dass mich der AFN zu Beethoven geführt hat, bin ich dem heute vergessenen „Amisender“ noch immer dankbar.

WERNER KURZ, HAMMERSBACH

Beethovens Musik

In dem Beitrag „Vom Zaren gefördert, von Lenin geliebt, von Stalin gefeiert“ von Kerstin Holm in der F.A.Z. vom 16. Dezember werden etliche russische Persönlichkeiten genannt, die Beethoven verehrt haben sollen, darunter Lenin und Stalin. Beethoven wurde auch in anderen Ländern von politischen Persönlichkeiten verehrt. Zum Beispiel ließ Joseph Goebbels während des Krieges die Neunte spielen. Ich glaube, Mao hatte ihn besser verstanden. Er ließ seine Musik in Rotchina verbieten.

PETER HERRMANN, EISENBERG